



FWV UNABHÄNGIG
ORTSVERBUNDEN
BÜRGERNAH

Freie Wähler Dußlingen

Grundsteuer / Gewerbesteuer und die viel und gerne zitierte soziale Verantwortung

Dieses Jahr,
wie letztes
und das Jahr zuvor

geht es mal wieder darum, dass die Grund- und
Gewerbesteuern erhöht werden sollen.

Doch woher kommt das Geld und wer bezahlt dafür?

Unser Mittelstand der Wirtschaftsmotor Deutschlands:

99,6 % aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Betriebe

83 % aller Lehrlinge werden vom Mittelstand ausgebildet

58 % der Nettowertschöpfung entfällt auf KMU (Klein- u. Mittelstand)

58 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten arbeiten bei KMU

Klein u. Mittelst. Unternehmen. (bis zu 9 Beschäftigte) erwirtschaften
einem Umsatz
von 5,55 Billionen € mit 39,67 Millionen Beschäftigten.

➔ 58% aller Bundesbürger sind also im Klein- und Mittelstand beschäftigt!

Durchschnittsgehalt

bei Friseur/ innen z.B.

1326,- € bis 1800,- € brutto



Im Vergleich erheblich höher:

Durchschnittsgehalt im öffentlichen Dienst und bei
Verwaltungsangestellten

Durchschnittsgehalt von Lehrern



Durchschnittsgehalt in der Kinderbetreuung.

Wer trägt die Kommune? Ist das gerecht?

Was hat die Gewerbesteuer mit den Mitarbeitern im Mittelstand zu tun?

Der Mitarbeiter im Mittelstand ist auf Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und betriebliche Gewinnausschüttungen angewiesen.

Die Gewerbesteuer schmälert den Gewinn.

Dies bedeutet für die Mitarbeiter unweigerlich: Kürzungen von Provisionen!

- ➔ Einen großen Teil der Gewerbesteuererhöhung zahlen die Mitarbeiter.
- ➔ Entspricht einer zusätzlichen Umverteilung vom gewerblichen in den (privilegierten) staatlichen Beschäftigungssektor



Wer bezahlt das Ganze?

Unsere Zahlen im Haushaltsjahr 2019

Grundsteuer B	630.00,- €
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	3.472.298,- €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	309.735,-€
Gewerbesteuer	1.620.921,- €

→ Alle diese Steuern werden direkt (Einkommens- und Umsatzsteuer) oder indirekt (Grundsteuer und Gewerbesteuer) an den Kleinverdiener weitergegeben.

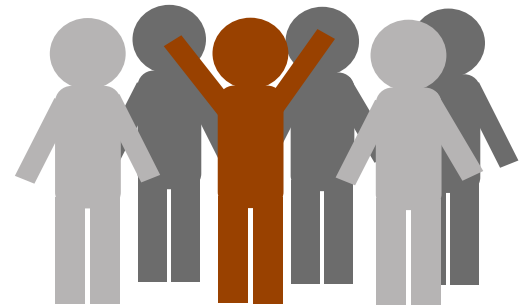
→ Für viele der 40 Millionen Beschäftigte und ihre Familien bedeutet das eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation.

Ein kleiner Ausflug zu den Personalkosten in unserem Haushalt:

Veranschlagte Personalkosten für 2021 sind
4.224.250,-€

Eine Jährliche Tarifierhöhung mit 1,5 % und Leistungszulage kostet uns pro Jahr zusätzlich ca.
110.000 - 150.000,- €

Nach nur 5 Jahren sind das ca.
550.000 – 750.000,- €



Angenommen wir würden das alles außer Acht lassen und die Steuern auf die von der Verwaltung vorgeschlagene maximalen Sätze erhöhen.

Dann wäre mit Mehreinnahmen beider Steuern von **158.000,- €** zu rechnen.

Vorausgesetzt, die Gewerbesteuer würde so hoch ausfallen wie die Jahre zuvor, was nicht sehr wahrscheinlich ist.

Es bedürfte dann nur einer Tarifierhöhung von 2 % im öffentlichen Dienst, um diese Einnahmen in einem Jahr wieder zu Nichte zu machen.

UND DANN ? Nächstes Jahr ?



Wir wollen damit keine direkte Kritik an der Verwaltung in Dußlingen üben, denn es handelt sich um einen Systemfehler.

Wir möchten dringend darauf aufmerksam machen, dass die von Bund und Ländern vorgegebenen Maßnahmen zu extremen **Personalkosten** in den Kommunen führen.

Diese bereiten uns die eigentlichen Probleme im Haushalt.

Der Fehler liegt somit im System!



Lösung Personalkosten

Keine in Sicht.

Ohne die fehlenden Mittel der Kinderbetreuung mit 1.2 Millionen € hätte Dußlingen ein positives Ergebnis mit 899.000,- €.

Diese positiven Mittel müssten dann aber für spätere Jahre als Rücklage für die ständiger Tarif und Leistungszulagen zurückgelegt werden, so wird die Verschuldung auf ca. 6 Jahre hinausgeschoben.

Dann wäre aber Schichtende im Schacht.

Das wäre es dann endgültig mit positiven Haushalten.

Die Grundsteuer

Wird an Mieter zu 100% weitergereicht.
Das trifft die 40 Mio. im Mittelstand
Beschäftigte.



Ein kommunales Weihnachtsgeschenk

Die verarmten Bürger müssen dann mit steuerfinanziertem
sozialen Wohnungsbau unterstützt werden.

Das ist so, als würde man seinem Nachbarn in Knie schießen
um ihn dann barmherzig zu verbinden.



FWV UNABHÄNGIG
ORTSVERBUNDEN
BÜRGERNAH

Freie Wähler Dußlingen

Nicht mit uns!

Wir fordern Sie als Gemeinde und Stadtratskollegen/innen auf:
Stehen sie hinter diesen 40 Millionen Bürgern und lassen Sie
keine weitere Erhöhung der Gewerbe und Grundsteuer mehr zu.

Schützen Sie die hart arbeitenden Bürger
und ihre Einkommen!

Wählen auch Sie in Ihrer
Haushaltsplanungsberatung
die Dußlinger Lösung!

Der Boykott





**An alle Stadt,- und Gemeinderäte
in
Baden Württemberg
72144 Dußlingen**

Das Allheilmittel

**„Steuererhöhung“
Unausgeglichene Haushalte,
zu hohe Personalkosten**

**Gehen Sie mit uns.
die Dußlinger Lösung:
der Boykott**

**Im Anhang finden Sie eine Präsentation, welche die
Problematik aufzeigt und erklärt, wer das Ganze bezahlen
muss und wie es zu den enormen Personalkosten kommt.**

Diese Präsentation kann, inkl. der Haushaltsrede, für Ihre
Rats- Argumentation von unserer Home-Page
www.fwv-dusslingen.de
heruntergeladen werden.



FWV UNABHÄNGIG
ORTSVERBUNDEN
BÜRGERNAH

Freie Wähler Dußlingen



Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich in
der Vorweihnachtszeit
darüber Gedanken machen würden.

www.fwv-dusslingen.de